Z Rheumatol 2010 · 69:844
DOI 10.1007/s00393-010-0717-y
© Springer-Verlag 2010

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes

Prof. Dr. Erika Gromnica-Ihle
Präsidentin
Deutsche Rheuma-Liga
Bundesverband e.V.
Maximilianstr. 14
53111 Bonn
Tel.: 0228-76606-11
bv@rheuma-liga.de
www.rheuma-liga.de

Redaktion

Susanne Walia
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Deutsche Rheuma-Liga
Bundesverband e.V.
53111 Bonn
Maximilianstr. 14
Tel.: 0228-76606-11
bv.walia@rheuma-liga.de
www.rheuma-liga.de

Rheuma-Liga nimmt Stellung zu Plänen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat gegenwärtig eine Vielzahl von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, die zu erheblichen Mehrbelastungen chronisch kranker Menschen führen werden. Dabei wird insgesamt eine Schieflage in der Verteilung von Belastungen deutlich. Vor allem die Beziehung von staatlichen Transferleistungen und niedrigen Einkommen werden zusätzlich belastet und müssen herbe Rückschläge bei ihrer sozialen Sicherung einstecken.

Prof. Erika Gromnica-Ihle, Präsidentin der Deutschen Rheuma-Liga Bundesverband, hat sich bereits frühzeitig mit einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Rösler gewandt, um auf die soziale Schieflage der geplanten Finanzierungsreform hinzuweisen. Zum Entwurf des GKV-Finanzierungsgesetzes hat die Deutsche Rheuma-Liga ausführlich Stellung genommen. Dabei hat sie scharf kritisiert, dass zukünftig alle Ausgabens-teigerungen aufgrund von medi-

zinischem Fortschritt oder der demographischen Entwicklung allein durch die Versicherten über die Zusatzbeiträge finanziert werden sollen. Der vorgesehene Sozialausgleich ist nach Auffassung der Rheuma-Liga nicht ausreichend, um die Belastungen der niedrigen Einkommen abzufedern.

Kritisiert hat die Rheuma-Liga auch, dass der Wechsel in die private Krankenversicherung erleichtert werden soll. Nach Auffassung der Deutschen Rheuma-Liga geht diese Regelung in die falsche Richtung. Die Finanzierung der Krankenversicherung sollte solidarisch über alle Bevölkerungsschichten hinweg erfolgen.

Arzthonorare und Unterversorgung

Neben den Regelungen zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung beinhaltet das GKV-Finanzierungsgesetz auch Regelungen zu den Arzthono-

ren. Der Entwurf sieht vor, dass die Parteien des Bewertungsausschusses für Ärztliche Leistungen dem BMG ein Konzept für eine schrittweise Konvergenz der Vergütungen vorlegen, welches das BMG dem Bundestag umgehend vorlegt. Darüber hinaus sollen die Regelungen der Honorarzuschläge und -abschläge für 2011 und 2012 ausgesetzt werden und es sollen wieder Sicherstellungszuschläge gezahlt werden können als Anreiz für die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Regionen.

Die Rheuma-Liga hat zu diesem Themenkomplex gefordert, die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Vergütung von Ärzten nicht allein den Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen zu überlassen. Aus Sicht der Rheuma-Liga muss der Gesetzgeber seinem Auftrag nachkommen, die Rahmenbedingungen für die Vergütung von Ärzten festzulegen, die dann von den Selbstverwaltungsparteien ausgestaltet werden können.

Sprechende Medizin honorieren

Die Rheuma-Liga hat eingefordert, dass bei einer Veränderung des Honorarsystems eine bessere Berücksichtigung der sprechenden Medizin realisiert werden muss. Außerdem wurde auf die Probleme hingewiesen, die in der Rheumatologie durch die Festlegung von Regelleistungsvolumina entstehen. Diese setzen Anreize, weniger Patientinnen und Patienten zu behandeln als vielleicht möglich wäre, um keinen Honorarabzügen zu unterliegen. In der derzeitigen Situation der Unterversorgung tragen die Regelleistungsvolumina dazu bei, dass die Betroffenen noch länger auf einen Arzttermin warten müssen. Die Aussetzung der Honorarzuschläge und -abschläge sowie die Möglichkeit der Zahlung von Sicherstellungszuschlägen wurden ausdrücklich begrüßt. Aus Sicht der Deutschen

Rheuma-Liga ist außerdem dringend eine Patientenbeteiligung an der Arbeit des Bewertungsausschusses zu realisieren.

Kritik an AMNOG

Stellung genommen hat die Deutsche Rheuma-Liga auch zum Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG). Dabei wurde kritisiert, dass die Regelungen für die Neuordnung der Nutzenbewertung nicht ausreichen, um eine sichere und wirtschaftliche Versorgung mit Arzneimitteln in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erreichen. Zwar ist die vorgesehene Regelung zur frühen Nutzenbewertung von Arzneimitteln eine Verbesserung der derzeitigen Situation. Allerdings sind diese Regelungen nicht weitgehend genug ausgestaltet, da eine Markteinführung der Medikamente wie bisher ohne Nutzen- und Schadensbewertung möglich ist und Regelungen fehlen, die eine Veröffentlichung von Studienergebnissen gesetzlich vorschreiben.

Für extrem problematisch hält die Deutsche Rheuma-Liga, dass die Einführung der Kostenersatzung im AMNOG zu einer weiteren Belastung von Patienten führen wird und dass das Sachleistungsprinzip im Arzneimittelbereich teilweise aufgegeben werden soll.

Beide Stellungnahmen sind im Internet unter www.rheuma-liga.de/stellungnahmen nachzulesen.